

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/49

Bonn, den 12. März 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Ein Fortschritt</u> Bessere Konditionen bei Kapitalhilfe-Krediten für Entwicklungsländer Von Alwin Brück, MdB	61
2	<u>Frankreich als internationaler Waffenlieferant</u> Exportsteigerung 1967/68 von 2 auf 3,5 Milliarden NF	16
3 - 4	<u>Studentische Politik am Scheideweg</u> Bemerkungen zur 21. Mitgliederversammlung des VDS Von Josef Benzinger	66
5 - 6	<u>Im Gedenken an Marie Juchacz</u> Am 15. März wäre die Gründerin der AWO 90 Jahre alt geworden Von Lotte Lenke, Vorsitzende des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt	106

Ein Fortschritt

Bessere Konditionen bei Kapitalhilfe-Krediten für Entwicklungsländer

Von Alwin Brück, MdB

Der Entwicklungshilfeausschuß (DAC) der OECD hat mit spontaner Zustimmung aller Mitgliederstaaten - nur Frankreich nahm eine etwas zögernde Haltung ein - jetzt eine Empfehlung angenommen, die die west-europäischen Industriestaaten, die USA, Kanada und Japan verpflichtet, ihre Entwicklungshilfe zu günstigeren Konditionen als bisher zu vergeben. Diese Empfehlung, nach der 85 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe als nicht rückzahlbare Zuschüsse oder als Kredite zu 2,5 Prozent Zinsen und einer Laufzeit von 30 Jahren einschließlich acht tilgungsfreier Jahre gegeben werden sollen, beruht im wesentlichen auf einem Vorschlag der Bundesregierung.

Lange Zeit zählte die Bundesrepublik zu den Geberländern mit den härtesten Kreditkonditionen. Das hatte dazu geführt, daß die Bundesregierung bei den jährlichen DAC-"Examen" immer wieder kritisiert worden war. Erst im letzten Jahr erreichte die Bundesrepublik mit ihren Konditionen annähernd die DAC-Empfehlungen aus dem Jahre 1965, nach denen 80 Prozent der Entwicklungshilfe entweder als nicht rückzahlbare Zuschüsse oder als Kredite zu drei Prozent Zinsen und einer Laufzeit von 25 Jahren gewährt werden sollten. Umso mehr wird man es in den Entwicklungsländern mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, daß diesmal die Bundesrepublik die treibende Kraft bei der Verbesserung der Konditionen war. Der Weg zu dem jetzt in Paris angenommenen deutschen Vorschlag war durch eine gemeinsame Vorlage der sozialdemokratischen Bundesminister für Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenarbeit, Prof. Dr. Karl Schiller und Dr. Erhard Eppeler, frei geworden.

Seit langem wird in der Bundesrepublik darüber diskutiert, ob die Höhe der Zinsen für Kapitalhilfe-Kredite eine Lenkungsfunktion habe. Dabei wurde vielfach die Auffassung vertreten, daß hohe Zinsen nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig seien, um das knappe Kapital in rentable Projekte zu lenken. Diese Theorie, die u.a. noch in einem heftig kritisierten Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim BMZ und vom Bundesfinanzminister vertreten wurde, übersah, daß die marktwirtschaftlichen Regeln des Kapitalmarktes, die in hoch-industrialisierten Ländern gelten, - auch hier gibt es bereits Ausnahmen, betrachtet man sich z.B. die regionale Strukturpolitik oder den Wohnungsbau - nicht unbedingt auch bei der Vergabe von Krediten an Entwicklungsländer funktionieren müssen. Sie übersieht auch, daß eine Lenkung der deutschen Kredite vor allem durch ihre Bindung an von deutschen Fachleuten geprüfte Projekte erfolgt. Man muß außerdem beachten, daß ein Teil dieser Kredite für Infrastrukturmaßnahmen benutzt worden ist. Auch wenn man sich in Zukunft produktiveren Projekten zuwenden will, wird man nicht umhin kommen, auch weiterhin

mit Kapitalhilfe-Krediten Straßen und Brücken zu bauen, weil ohne sie die wirtschaftliche Erschließung eines Landes nicht denkbar ist.

Inzwischen hat auch die Verschuldung der Entwicklungsländer bedrohliche Ausmaße erreicht. Einige von ihnen müssen bereits bis zu 25 Prozent ihrer Deviseneinnahmen für den laufenden Schuldendienst aufwenden. Für alle Beteiligten unangenehme Umschuldungen wurden notwendig. Aus diesem Grund hat bereits der erste sozialdemokratische Entwicklungshilfeminister, Hans-Jürgen Wischnewski, für Zinssätze unter drei Prozent plädiert. Sein Nachfolger Dr. Erhard Eppler hatte auf seiner ersten Pressekonferenz als Minister im November des vergangenen Jahres gefordert, daß die Bundesrepublik ihre Entwicklungshilfe zu günstigeren Konditionen geben müsse, um weiteren Umschuldungen zuvorzukommen. Nachdem sich nun auch der Wirtschaftsminister dieser Auffassung angeschlossen hatte, war es möglich, daß die Bundesregierung den oben angeführten Vorschlag bei der OECD unterbreitete. Der darauf basierende Beschluß ist ein Fortschritt in der internationalen Entwicklungspolitik, weil sich die wichtigsten Geberländer zum erstenmal darauf geeinigt haben, die Konditionen ihrer Entwicklungshilfe zu harmonisieren.

+ + +

Frankreich als internationaler Waffenlieferant

Exportsteigerung 1967/68 von 2 auf 3,5 Milliarden NF

sp-Frankreich hat im Jahre 1968 eine wichtige Rolle als internationaler Waffenexporteur eingenommen. So konnte der französische Waffenexport von rund 2 Milliarden NF im Jahre 1967 auf 3,5 Milliarden NF im Jahre 1968 erhöht werden. Die Flugzeugindustrie ist an dieser Exportsteigerung mit 2 Milliarden NF beteiligt; 1967 betrug der Flugzeugexport Frankreichs nur 1 Milliarde NF.

Das Hauptkontingent stellen Patrouillenflugzeuge für Holland und Italien, sowie Kampfflugzeuge für Belgien im Werte von insgesamt 300 Millionen NF. Als gutes Geschäft für Frankreich haben sich die Hubschrauber Alouette und SA-330 erwiesen. Für rund 400 Millionen NF wurden sie in nicht näher genannte Länder exportiert.

Die anderen Waffenexporte Frankreichs bestehen hauptsächlich aus Panzerwagen, Landungsbooten und kleineren Kriegsschiffen im Wert von insgesamt etwa 400 Millionen NF. Elektronische Geräte für militärische Zwecke exportierte Frankreich 1968 im Wert von rund 600 Millionen NF.

Studentische Politik am Scheideweg

Bemerkungen zur 21. Mitgliederversammlung des VDS

Von Josef Benzinger

Das beherrschende Thema der 21. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften war das Problem einer von allen Richtungen für notwendig gehaltenen neuen Struktur des Verbandes. In den Morgenstunden des 10. März 1969 ging man unverrichteter Dinge wieder auseinander. Die Zyniker sagten: Außer Spesen nichts gewesen. Die Linke hatte einen Schlußpunkt ihrer Atomisierung erreicht. Alles, was die Strukturdebatte zuwege gebracht hat, ist die so gut wie definitive Spaltung des Verbands, welche durch den Initiativausschuß Deutscher Studentenschaften bezeichnet ist.

Jeder Freund studentischer Bemühungen um die Reform von Hochschule und Gesellschaft kann diese Entwicklung nur bedauern. Auch die gewiß nicht studentenfeindliche Presse war in ihrer Meinung selten so einhellig negativ wie bei dieser Versammlung. Konnte der VDS schon bisher nicht als Motor studentischer Aktionen und Reflektionen und nicht einmal als Artikulationsforum der verschiedenen Meinungen in der Studentenschaft gelten, so wird er das in seiner jetzigen Form, ohne gültige Satzung und ohne verantwortlichen Vorstand erst recht nicht bedeuten.

Paradoxerweise ist die derzeitige Situation dadurch gekennzeichnet, daß der VDS bis zu der voraussichtlich im Sommer stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung nominell unter der alten Satzung sowie unter dem alten (stellvertretenden) Vorstand (Kegler, Gerhardt, Pätzold) weiterbesteht, in seiner Tätigkeit aber das auf der Mitgliederversammlung Festgestellte kaum ignorieren kann. Der im Werden begriffene neue Verband, der Initiativausschuß Deutscher Studentenschaften hingegen wird seinerseits in eine Strukturdebatte einsteigen müssen, deren Ergebnis weder der alte VDS noch das (als Antrag beschlossene) Rätemodell des neuen alten VDS sein dürfte.

Auf der Mitgliederversammlung wurden (von Clausthal-Zellerfeld) drei Kriterien genannt, denen eine neue Satzung entsprechen müsse: Repräsentative Vertretung und Gewährleistung demokratischer Kontrolle, Gesprächsbereitschaft gegenüber allen für die Verbandsinteressen

relevanten Gruppen und schließlich: keine ideologische (d.h. sozialistische) Festlegung im Programm. Daraus ist sicher noch kein brauchbares Strukturgerüst zu gewinnen.

Andererseits erscheint es offenkundig, worauf die als Grundsatz beschlossenen Rätestruktur abzielt. Sie bezweckt die Ablösung der traditionellen Fachverbände (d.h. der überregionalen Zusammenschlüsse der Fachbereichsvertretungen) durch Basis- bzw. Projektgruppen, welche die Trennung zwischen fachlicher Arbeit und politischer Aktivität oder anders: zwischen Theorie und Praxis beseitigen sollen. Man wurde sich auf dieser Mitgliederversammlung über vieles nicht klar, vor allem aber über das nicht, was den Kern der gesamten Strukturdebatte ausmacht: Die Basis. Ein Witzbold schrieb an die Wand: "Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch die Basis". Den Gegnern einer linksgewebten Organisationsform schien es ausgemacht, daß der SDS hier versuchte, den Verband mittels demokratisch nicht kontrollierbarer Basisgruppen und deren Verankerung als Satzungsorgane fest in den Griff zu bekommen. Die Praktiker - eine Ausnahmeerscheinung auf dieser Veranstaltung - stellten mehr oder weniger trocken fest, daß gerade da am häufigsten und eifrigsten von Basis gesprochen wurde, wo sie nicht einmal in Ansätzen vorhanden ist. Die Politisierung der Studentenschaft ist ein legitimes Anliegen, dem man allerdings durch organisationstechnische Bluffs kaum gerecht wird. Nichts gegen einen anderen - Mao nachempfundenen - Wandspruch: "Laßt 1000 Basisgruppen blühen!" Blühen, sagt Mao, aber nicht vorgespiegelt werden.

Die organisierte deutsche Studentenschaft wird in absehbarer Zeit wohl nicht zur Ruhe kommen. Die ausgetretenen Ästen werden versuchen, ihren Entschluß durch die einzelnen Studentenschaften bestätigen zu lassen; aller Voraussicht nach mit Erfolg. Eine Reihe von Studentenvertretungen, die im VDS verblieben sind, stehen entweder auf der Abschußliste oder werden soweit sein, wenn das beschlossene Organisationspapier am Ort publik wird. So ist doch noch zu hoffen, daß die 21. ordentliche Mitgliederversammlung erheblich zur Politisierung der Studentenschaft beigetragen hat, wenn auch in anderem Sinne und in anderer Richtung, als gewisse Initiatoren sich das gewünscht haben.

Im Gedenken an Marie Juchacz

Am 15. März wäre die Gründerin der AWO 90 Jahre alt geworden

Von Lotte Lemke

Auf dem Kölner Südfriedhof trägt ein schlichter Stein ihren Namen und die zwei Daten, die Anfang und Ende ihres Lebens bedeuten: geboren 15. März 1879 - gestorben 28. Januar 1956.

Am 15. März 1969 gedenkt die Arbeiterwohlfahrt des 90. Geburtstages ihrer Gründerin, gedenkt die Sozialdemokratische Partei der Frau, die als Politikerin und Parlamentarierin bis 1933 maßgeblich auf die politische Frauenarbeit Einfluß nahm.

Wenn auch, wie Herta Gotthelf im Nachruf zu Marie Juchacz' Tode schrieb, die Arbeiterwohlfahrt ihrem Herzen wohl immer am nächsten stand, so steht doch außer Zweifel, daß sie als Mitglied des Parteivorstandes und zentrale Frauensekretärin der Sozialdemokratischen Partei sich der politischen Frauenarbeit mit gleicher Tatkraft und Intensivität widmete und weiter über die Reihen der Partei hinaus dieser Arbeit Achtung und Anerkennung zu verschaffen gewußt hat. Sie ist aus der Geschichte der deutschen Frauenbewegung nicht wegzudenken.

Marie Juchacz verkörperte in ihrem Leben und ihrem Sein einen der bedeutsamsten Abschnitte der deutschen Arbeiterbewegung. Als sie vor 90 Jahren in Landsberg a. d. Warthe geboren wurde, war das Sozialistengesetz seit einigen Monaten in Kraft; als es wieder aufgehoben wurde, war sie ein Schulkind, das so gern in die "Bürgerschule" gegangen wäre, aber der Vater, vom selbständigen kleinen Bauunternehmer zum Lohnarbeiter geworden, konnte ihr nur eine vierklassige Volksschulausbildung zuteil werden lassen. Das Bedauern über versagte Lernmöglichkeiten hat sie nie verlassen.

Mit 14 Jahren begann ihr Arbeitsleben, zuerst im fremden Haushalt, dann als Fabrikarbeiterin, als Wärterin in einer Irrenanstalt. Mit 17 Jahren lernte sie Nähen und Schneidern. Mit 24 heiratete sie und wurde in einer kurzen, unglücklichen Ehe Mutter von zwei Kindern.

Schon früh fanden allgemein-politische und soziale Fragen ihr Interesse und als sie 1906 nach Berlin übersiedelte, suchte und fand sie den Weg zur Sozialdemokratischen Partei. 1913 wurde sie vom SPD-Bezirk Obere Rheinprovinz als Frauensekretärin nach Köln berufen. 1917 folgte sie einem Ruf des Parteivorstandes nach Berlin und trat - als Nachfolgerin von Luise Zietz - das Amt der zentralen Frauensekretärin an, das sie bis 1933 innehatte. 1919 wurde sie Mitglied der Nationalversammlung, von 1920 bis 1933 gehörte sie dem Reichstag an.

Mit der im Dezember 1919 erfolgten Gründung der Arbeiterwohlfahrt leitete Marie Juchacz im Bereich der freien Wohlfahrtspflege eine tiefgreifende Entwicklung ein: die bewußte Abwendung von den herkömmlichen Formen einer nicht mehr zeitgemässen Wohltätigkeit und die Einordnung der Wohlfahrtspflege in das Gesamtsystem einer sozialen Politik. Als Reichstagsabgeordnete galt das Interesse von Marie Juchacz neben Frauenfragen vor allem der sozialen Gesetzgebung. Ihr namhafter Anteil an einer zeitgerechten Neugestaltung sozialer und sozialpolitischer Gesetze der Weimarer Zeit ist unbestritten und reicht bis in die heutigen Tage hinein.

Unter ihrer Führung entwickelte sich die Arbeiterwohlfahrt in einem überraschenden Tempo. Ehrenamtliche Helfer - rund 135.000 weist

die letzte vor dem Verbot erstellte Statistik aus - waren als Vormünder, in der Pflegekinderaufsicht, in der Jugend- und Erwachsenengerichtshilfe, der Kinderferienerholung, der Mütterhilfe, der Altenhilfe und auf vielen anderen Gebieten sozialer Not tätig. Die Arbeiterwohlfahrt errichtete eine beachtliche Zahl von Heimen und Einrichtungen und beschritt dabei neue Wege der sozialen und pädagogischen Praxis.

1933 wurde diese zukunftssträchtige Aufbauarbeit zerschlagen; die Arbeiterwohlfahrt teilte das Schicksal der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Marie Juchacz mußte, um der Verhaftung zu entgehen, Deutschland verlassen. Über das Saargebiet und Frankreich erreichte sie 1941 New York, die letzte Station ihres Exils. Sie war 62 Jahre alt und war für ein Leben in den USA, dessen Sprache sie nicht kannte, nicht vorbereitet, ihre reichen Erfahrungen konnte sie unter den völlig anderen Gegebenheiten nicht verwenden. So wurden es harte Jahre, die sie in Amerika zubrachte. "Aber", so steht es in einem Brief, den Freunde aus Anlaß ihres 75. Geburtstages schrieben: "In New York war sie die erste, die mit Selbstverständlichkeit die Hilfsaktionen für die deutschen Genossen in Gang brachte, die sich bald als notwendig erwiesen. In dem kleinen trüben Lokal in Yorkville wurden die ersten Keime für diese Hilfsarbeit geschaffen. Marie inmitten eines Kreises von immer bereiten Genossen schaffte bis spät in die Nachtstunden hinein. Adressen wurden gesammelt, Mittel wurden ausfindig gemacht, Pakete wurden gepackt und abgeschickt". - Diese bescheidene Hilfe konnte Marie Juchacz bald in eine umfassende eingliedern. Am 22. März 1946 schrieb sie an den wieder gegründeten Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt:

"Hier besteht seit längerer Zeit ein Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt. Wir sind fleißig beim Sammeln von Geld, Kleidern, Wäsche, Schuhen, Lebensmitteln, Medikamenten..." So wenig, wie Marie Juchacz in diesem Brief davon sprach, daß sie es gewesen ist, die den Ausschuß für Arbeiterwohlfahrt in New York ins Leben gerufen hatte, so wenig ist in den folgenden zahlreichen Briefen, die drei dicke Aktenstücke füllen, die Rede von ihr selbst. Nur immer sachliche Mitteilungen oder ein umsichtig und behutsam angebrachter Rat.

Am 2. Februar 1948 brachte ein Schiff Marie Juchacz wieder nach Deutschland, wieder zur Arbeiterwohlfahrt zurück, von der sie sagt, daß sie in ihr ihre stärkste menschliche Verankerung habe. - Es war erstaunlich, Marie Juchacz bewegte sich unter den so unwahrscheinlich veränderten Verhältnissen in Deutschland, als wäre sie nie fortgewesen, als hätte sie alles miterlebt. Sie hatte es wohl auch miterlebt; ihr starkes Gefühl, ihre lebhaftes Fantasie hatten aus Briefen, Berichten, Pressenachrichten in ihrem Innern ein anschauliches Bild geformt. So war sie eingestellt auf das, was sie hier erwartete.

In den Wandlungen, die sich seit ihrer Wiederbegründung in der Arbeiterwohlfahrt vollzogen haben, stand Marie Juchacz, seit sie aus der Emigration zurückgekommen war, nicht als ein lebendes Denkmal vergangener Zeiten, sondern aufgeschlossen und allen Fragen unserer Gegenwart zugewandt. Unter ihren hinterlassenen Aufzeichnungen findet sich folgender Satz:

"So freudig und so gern wir alle in der Gegenwart stehen sollen, um darin das Unsere zu tun, so wichtig ist es doch auch, immer wieder zurückzuschauen, die Gegenwart an der Vergangenheit zu prüfen und sich an dem was gut daran war, neu zu orientieren. Nicht, um in der Vergangenheit zu beharren, sondern immer wieder erneut für die Zukunft bereit zu sein". - Nur sieben Jahre hatten wir das Glück, diese großartige Frau mit ihrem stets wachen Interesse, ihrem klugen Rat und ihrer warmherzigen Anteilnahme unter uns zu haben. Am 28. Januar 1956 wurde sie uns durch den Tod entrissen. Die Erinnerung an sie bleibt in Dankbarkeit lebendig.